FB-I Fleher Bürger- Interessengemeinschaft

DSdD im Gespräch mit MdB Thomas Jarzombek

DSdD im Gespräch mit

MdB Thomas Jarzomek/CDU

DSdD im Gespräch mit MdB Thomas Jarzombek

Thomas Jarzombek

Seit 2008 im Deutschen Bundestag

DSdD: Herr Jarzombek, bitte schildern Sie, was nach den 03/11/10 konkret geschah, bzw. von Ihnen unternommen wurde, bis das die Lärmschutz-Mittelbewilligung unter Dach und Fach war.

Herr Jarzombek:

Ich habe weiter zahlreiche Gespräche geführt mit Ansprechpartnern von Stadt, Land und Bund. Das habe ich zwar auch schon vor dem Termin bei Straßen.NRW getan. Doch der Einblick in die Akten hat mir die Argumentation sehr erleichtert. So konnten wir letztlich den Knoten durchschlagen. Außerdem hat es sicher nicht geschadet, dass auch die Presse das Thema interessiert begleitet hat.

DSdD: Stimmen Sie der politischen Einschätzung zu, dass das "Lärmschutzwunder von Flehe", ohne die parteiübergreifende Zusammenarbeit von rot/grün im Land und schwarz/gelb im Bund ausgeblieben wäre?

Herr Jarzombek:

Hier bestand in der Sache Konsens, deshalb haben wir unpolitisch und unbürokratisch Lösungen gefunden. Das finde ich auch wichtig: Wenn es bei einem Thema Einigkeit gibt, darf die Politik nicht aus ideologischen Gründen künstlich einen Streit erzeugen. Schließlich sind Menschen in politischer Verantwortung immer zuerst dem Wohl des Bürgers und der Allgemeinheit verpflichtet. Bei manchen Projekten ist es mit dem Land wirklich schwierig. Bei der Fleher Brücke haben auch viele Kontakte und Vorarbeiten aus der Zeit der Regierung Rüttgers geholfen.

DSdD: Hätte Ihrer Einschätzung nach die Finanzierung der Brückenlärmschutzmaßnahmen auch mit den Mitteln aus den Programmen des "Aufbau West" erfolgen können, weil die dB(A)-Grenzwerte von 67/57 tags/nachts, teils sogar deutlich, überschritten wurden?

Herr Jarzombek:

Der Bund stellt mit seinem Programm jedes Jahr 100 Millionen Euro für Lärmschmutzmaßnahmen an bereits vorhandenen Autobahnen und Bundesstraßen zur Verfügung. Es ist also Geld da, um Lärmschutzwände zu errichten. Hier in Flehe war die Finanzierung der Maßnahmen deshalb nicht das Problem. Selbst die Frage der Grenzwertüberschreitung war nicht der entscheidende Punkt. Die Krux war vielmehr die Statik: Die Brücke könnte das Gewicht einer konventionellen Lärmschutzwand von zwei Meter Höhe gar nicht tragen. Eine solche Wand war aber im Planfeststellungsbeschluss eigentlich vorgesehen, wie wir bei Durchsicht der Akten festgestellt haben. Durch den technischen Fortschritt der letzten Jahre konnten die Ingenieure glücklicherweise letztlich doch einen Weg finden, um die Lärmbelastung für die Anwohner deutlich hörbar zu reduzieren.

DSdD: Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer/CSU, stellte für die bis 2020 laufenden Programme des sog. "Aufbau West", die u.a. auch Lärmschutzmaßnahmen an bereits bestehenden Verkehrswegen vorsehen, insgesamt 1,5 Milliarden EURO ein.

Wohin können sich Lärmbetroffene wenden um zu erfahren, ob sie vom Aufbau West Unterstützung erfahren können?

Herr Jarzombek:

Wer in Düsseldorf unter Straßenverkehrslärm leidet, findet beim Umweltamt der Stadt einen guten ersten Ansprechpartner. Dort werden Beschwerden entgegengenommen und erste Auskünfte gegeben. Für Kommunalstraßen ist auch die Stadt selbst zuständig. Für Lärmschutzmaßnahmen an Landesstraßen, Bundesstraßen und Autobahnen ist in Nordrhein-Westfalen der Landesbetrieb Straßen.NRW zuständig. Bundesstraßen und Autobahnen stehen zwar in der Baulast des Bundes, Berlin stellt also die Mittel zur Verfügung. Doch die Planung und Durchführung der konkreten Maßnahmen übernehmen die einzelnen Landesverwaltungen.

DSdD: Luftschadstoffe gefährden die Gesundheit, auch Lärm macht krank. Haben Sie eine Erklärung, warum bei überschrittenen dB(A)-Grenzwerten, die Lärmschutzforderungen auf die lange Bank geschoben werden, während dessen die Zuständigkeiten bei Überschreitungen der Feinstaubbelastungen erfreulicher Weise rascher handeln.

Herr Jarzombek:

Die Koalition im Bund hat das Thema Lärmschutz angepackt und dabei in den letzten Jahren auch gute Erfolge erzielt, vor allem in Bezug auf den Güterverkehr: Wir haben ein Programm aufgelegt, um 180.000 Güterwaggons der Bahn bis zum Jahr 2020 auf moderne Bremsen umzurüsten. Dadurch wird eine flächendeckende Reduzierung um 10 dB(A) möglich, was sich für das menschliche Ohr wie eine Halbierung anhört. Außerdem haben wir ein lärmabhängiges Preissystem eingeführt, laute Güterzüge zahlen also höhere Netzgebühren als leise. Auch den Schienenbonus haben wir abgeschafft. Anwohner von Bahnstrecken sind jetzt beim Lärmschutz nicht mehr schlechter gestellt als Anwohner von Straßen. Der Lang-Lkw ist eine Lärmschutzmaßnahme für Straßen, denn weniger Lkw bedeuten auch weniger Lärm. Leider sieht Rot/Grün das anders.

Die Regelungen zum Feinstaub sind relativ zügig erfolgt, weil auch Deutschland eine entsprechende EU-Vorgabe in nationales Recht umsetzen musste. Ich bin allerdings immer noch sehr skeptisch in Bezug auf die Umweltzonen und von deren praktischer Wirkung nicht überzeugt. Messwerte aus einigen Großstädten zeigen, dass die Feinstaubbelastungen in den Innenstadtbereichen trotz Einfuhrverbot für ältere Fahrzeuge kaum zurückgegangen sind. Für Düsseldorf sehe ich jedenfalls die Verbesserungen beim Lärmschutz als die dringlichere Aufgabe an.

DSdD: OB Dirk Elbers sprach sich am Ende seiner diesjährigen Sommertour für zusätzliche Starts am Flughafen aus, um den Wirtschaftsstandort Düsseldorf zu sichern und dem Mobilitätsanspruch der Bevölkerung gerecht zu werden.

Wie reagieren Sie auf die Beschwerden der Hilfe suchenden Fluglärmbetroffenen in Ihren Wahlkreis, die nach dieser OB-Ankündigung noch lauter werden dürften?

Herr Jarzombek:

Flugverkehr ist leider noch mit recht viel Lärm verbunden, auch wenn moderne Triebwerke und geänderte Landeanflugverfahren schon einen guten Fortschritt bei der Lärmreduzierung bedeuten. Das müssen wir mit den richtigen Anreizen auch zum Einsatz bringen. Die Flughafengenehmigung und damit auch dessen Entwicklung ist allerdings reines Recht des Landes.

DSdD: Rechnen Sie eher mit einer schwarz/gelben Mehrheit nach der Bundestagswahl, oder erscheint Ihn eine schwarz/gelbe Mehrheit im Düsseldorfer Stadtrat nach der Kommunalwahl im Mai 2014 wahrscheinlicher?

Herr Jarzombek:

Wir machen auf beiden Ebenen gute Arbeit und haben es deshalb verdient, in Düsseldorf und Berlin weiter das Vertrauen der Bürger zu bekommen.

DSdD: Während dessen das Rennen im Wahlkreis Düsseldorf Süd noch offen zu sein scheint, gelten Sie in Ihren Wahlkreis Düsseldorf Nord als klarer Erststimmenfavorit und die CDU als klarer Zweitstimmenfavorit.

Könnte es dieser Konstellation geschuldet sein, dass die CDU-Wähler, die die Fortsetzung der schwarz/gelben Regierungsarbeit wünschen, mit der Zweitstimme strategisch verfahren und Ihren politischen Partner wählen werden?

Herr Jarzombek:

Bei allem Optimismus gehe ich trotzdem davon aus, dass es insgesamt auf Bundesebene ein knappes Rennen wird zwischen dem bürgerlichen Lager und Rot-Rot-Grün. Deshalb sage ich klar: Wer will, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt, muss am Sonntag CDU wählen. Alles andere birgt die Gefahr, dass es nach dem 22.9.2013 zu einem Experiment kommt, das Deutschland nicht guttun würde.

DSdD: Thomas Jarzombek, haben Sie vielen Dank für die Beantwortung unserer Fragen.

Weil der Bundestagswahlkampf recht kurz kam, erhalten Sie abschließend die Gelegenheit, die aus Ihrer Sicht fünf wichtigsten Argumente zu nennen, warum die Menschen am 22.09 ihre Stimme der CDU geben sollen.

Herr Jarzombek:

Ich möchte auch weiterhin Ihr Düsseldorfer im Bundestag sein. In den letzten Jahren habe ich eine Arbeitsprobe abgegeben, die hoffentlich als Argument überzeugt: Wir haben fast 500 Millionen Euro an Fördermitteln nach Düsseldorf geholt. Damit haben wir die Wehrhahn-Linie finanziert, die B8n bis Duisburg fertiggestellt, viele Bahnhöfe saniert, schnelle Internet Anschlüsse geschaffen und jede der neuen Kindertagesstätten mitfinanziert. Das Beste: Da der Bund nun die Kosten der Grundsicherung übernimmt, kann die Stadt Düsseldorf jedes Jahr 70 Millionen Euro mehr in Kitas, Schulen und Sportplätze investieren.